

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

17. WP - 12. Sitzung

am Donnerstag, dem 1. Juli 2010, 14 Uhr,
in Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Susanne Herold (CDU)

Vorsitzende

Heike Franzen (CDU)

Daniel Günther (CDU)

Marion Herdan (CDU)

Wilfried Wengler (CDU)

Hans Müller (SPD)

Martin Habersaat (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Cornelia Conrad (FDP)

Kirstin Funke (FDP)

Anke Erdmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ellen Streitbürger (DIE LINKE)

Anke Spoorendonk (SSW)

Weitere Abgeordnete

Dr. Kai Dolgner (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Björn Thoroë (DIE LINKE)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen	5
Bericht der Landesregierung Drucksache 17/583	
2. Handlungskonzept Schule und Arbeitswelt	6
Bericht der Landesregierung Drucksache 17/450	
3. Berichterstattung der Landesregierung über die Ergebnisse der 330. Kultusministerkonferenz am 27. Mai 2010 in München	7
4. Weiterbildungsgesetz	8
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/594	
5. Integrierte Ausbildungsstatistik für Schleswig-Holstein einführen!	9
Antrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/605	
6. a) Bericht des Wissenschaftsministeriums zu der Begutachtung der Universität Flensburg durch die Niedersächsische Wissenschaftskommission	10
Berichtsantrag der Fraktion des SSW Umdruck 17/933	
b) Stärkung des Hochschulstandortes Flensburg	
Antrag der Fraktion des SSW Drucksache 17/523	
c) Hochschulentwicklung mit Augenmaß statt unkoordiniertes Zerschlagen von Hochschulen und Studiengängen	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/534	

7. a) Unerwartete Kostensteigerungen im UK S-H rückhaltlos aufklären 12

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/372

b) Erhalt der öffentlichen Trägerschaft für das UK S-H und der Universität Lübeck

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/519

c) Medizinstudienplätze an den Universitäten Kiel und Lübeck

hier: Stellungnahme an den Finanzausschuss

(Drucksache 17/377 und Landtagsbeschluss vom 19. März 2010 sowie Um-
druck 17/769)

8. Verschiedenes 15

Die Vorsitzende, Abg. Herold, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/583

(überwiesen am 16. Juni 2010 an den **Sozialausschuss**, den Bildungsausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung)

Der Bildungsausschuss nimmt den Bericht Drucksache 17/583 ohne Aussprache abschließend zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Handlungskonzept Schule und Arbeitswelt

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/450

(überwiesen am 21. Mai 2010 an den **Bildungsausschuss** und den Sozialaus-
schuss zur abschließenden Beratung)

Eine Frage von Abg. Strehlau beantwortet St Dr. Bonde dahin, die Landesregierung setze sich nachhaltig dafür ein, dass auch in der kommenden Förderperiode ausreichend Mittel von der Europäischen Union für das Programm zur Verfügung gestellt würden. Gegebenenfalls müsse eine stärkere Kofinanzierung durch private Mittel erfolgen.

Der Bildungsausschuss nimmt den Bericht Drucksache 17/450 abschließend zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Berichterstattung der Landesregierung über die Ergebnisse der 330. Kultusministerkonferenz am 27. Mai 2010 in München

St Dr. Andreßen trägt vor, die Kultusministerkonferenz habe in München „Vorschläge zur inhaltlichen Ausfüllung und Erreichung des 10-%-Ziels für Bildung und Forschung“ beschlossen und den entsprechenden Bericht an die Ministerpräsidentenkonferenz übermittelt. Außerdem wollten die Länder außerhalb des Hochschulpakts 2020 Verhandlungen mit dem Bund über die Auflage eines gemeinsamen Sonderprogramms zum temporären Ausbau der Aufnahmekapazitäten in der Humanmedizin 2011 bis 2016 aufnehmen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Weiterbildungsgesetz

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/594

(überwiesen am 17. Juni 2010 an den Bildungsausschuss)

Auf eine Frage von Abg. Müller entgegnet St Dr. Andreßen, die Landesregierung sei der Auffassung, dass das geltende BFQG hervorragend funktioniere und Schleswig-Holstein kein Weiterbildungsgesetz brauche.

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag der Vorsitzenden, die Beratung über den SPD-Antrag zurückzustellen, bis die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage des SSW zur Situation der Erwachsenen- und Weiterbildung in Schleswig-Holstein vorliegt (voraussichtlich im November 2010).

Punkt 5 der Tagesordnung:

Integrierte Ausbildungsstatistik für Schleswig-Holstein einführen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/605

(überwiesen am 17. Juni 2010 an den **Bildungsausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

Abg. Dr. Höppner weist auf das Gemeinschaftsprojekt des Hessischen Statistischen Landesamts und des Statistischen Bundesamts sowie das Projekt des Statistikamts Nord hin, das Ende 2010 abgeschlossen werde.

Auf Vorschlag der Vorsitzenden stellt der Bildungsausschuss die Beratung über den Antrag der LINKEN zurück, bis das Votum des an der Beratung beteiligten Wirtschaftsausschusses vorliegt.

Punkt 6 der Tagesordnung:

a) Bericht des Wissenschaftsministeriums zu der Begutachtung der Universität Flensburg durch die Niedersächsische Wissenschaftskommission

Berichts Antrag der Fraktion des SSW
Umdruck 17/933

b) Stärkung des Hochschulstandortes Flensburg

Antrag der Fraktion des SSW
Drucksache 17/523

c) Hochschulentwicklung mit Augenmaß statt unkoordiniertes Zerschlagen von Hochschulen und Studiengängen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/534

(überwiesen am 21. Mai 2010 an den Bildungsausschuss)

Auf Fragen von Abg. Spoorendonk antwortet St Dr. Andreßen, die Niedersächsische Kommission habe am 28. Juni 2010 schriftlich mitgeteilt, dass sie die Begutachtung der Universität Flensburg fortsetzen und bis zum 31. Dezember 2010 ein Ergebnis vorlegen werde. Die Landesregierung habe der Kommission keinerlei Vorgaben gemacht. Es gebe keine Denkverbote mit Blick auf die vier vom Universitätsrat vorgelegten Varianten. Mehr finanzielle Mittel werde und könne das Land für die Universität Flensburg allerdings nicht zur Verfügung stellen. An dem Auftrag der Kommission habe sich im Verlauf der letzten Wochen nichts geändert. Die Landesregierung stehe auch mit der dänischen Seite im Dialog. M de Jager und die dänische Wissenschaftsministerin hätten in ihrem Gespräch Ende Juni Einvernehmen festgestellt, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiterzuentwickeln und alle möglichen Optionen zur Weiterentwicklung der Region zu eröffnen. Potenzielle Einsparungen kämen im Doppelhaushalt 2011/12 noch nicht zum Tragen.

Abg. Habersaat fragt, wie die laufende Untersuchung der Niedersächsischen Kommission und die Ergebnisse der Haushaltsstrukturkommission zusammenpassten.

Auch Abg. Erdmann möchte von der Landesregierung wissen, welche Relevanz die Empfehlungen der Niedersächsischen Kommission für die Entscheidung der Landesregierung tatsächlich hätten.

Abg. Spoorendonk setzt sich dafür ein, die wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge mit dem grenzüberschreitenden Ansatz auf Dauer zu erhalten und der Universität Flensburg Planungssicherheit zu geben. Die Landesregierung müsse ihre Entscheidung, keine neuen Studierenden in den Wirtschaftswissenschaften aufzunehmen, zurücknehmen. Sie kündigt schriftliche Fragen zur deutsch-dänischen Kooperation an.

Abg. Thoroë fragt, wie die Zukunft der Universität Flensburg im hochschulpolitischen Konzept für Schleswig-Holstein, das die Landesregierung im November vorlegen solle, aussehen werde.

St Dr. Andreßen stellt noch einmal klar, Umstrukturierungen an der Universität Flensburg hätten keine Auswirkungen auf den Haushalt 2011/12. Das Wissenschaftsministerium nehme wie die Landesregierung insgesamt das Votum der Haushaltsstrukturkommission zur Kenntnis: „Vor einer endgültigen Entscheidung wartet die Landesregierung das Gutachten der Niedersächsischen Kommission ab.“ Das Ministerium werde die Ergebnisse der Niedersächsischen Kommission ergebnisoffen abwarten. Zum Inhalt des hochschulpolitischen Konzepts könne sie im jetzigen Stadium nicht Stellung nehmen.

Die Beschlussfassung über die Anträge Drucksachen 17/523 und 17/534 stellt der Ausschuss zurück.

Punkt 7 der Tagesordnung:

a) Unerwartete Kostensteigerungen im UK S-H rückhaltlos aufklären

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/372

(überwiesen am 18. Juni 2010 zur abschließenden Beratung an den Bildungsausschuss und den Sozialausschuss)

Der Bildungsausschuss nimmt den Bericht Drucksache 17/372 abschließend zur Kenntnis.

b) Erhalt der öffentlichen Trägerschaft für das UK S-H und der Universität Lübeck

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/519

(überwiesen am 18. Juni 2010 an den Bildungsausschuss und den Sozialausschuss)

Der Ausschuss stellt die Beschlussfassung zurück, bis das Votum des an der Beratung beteiligten Sozialausschusses vorliegt.

c) Medizinstudienplätze an den Universitäten Kiel und Lübeck

hier: Stellungnahme an den Finanzausschuss

(Drucksache 17/377 und Landtagsbeschluss vom 19. März 2010 sowie Umdrucke 17/769 und 17/1028)

Die Vorsitzende erinnert daran, dass der Landtag am 19. März 2010 folgendes Votum zu Textziffer 20 (Medizinstudienplätze) der Bemerkungen 2009 des Landesrechnungshofs beschlossen hat:

„Der Finanzausschuss nimmt zur Kenntnis, dass die Studienplätze nur im vorklinischen, aber nicht im kostenintensiven klinischen Studienabschnitt verringert worden sind. Damit sind maßgebliche Empfehlungen der Erichsen-Kommission nicht umgesetzt worden. Der Bildungsausschuss wird gebeten, dazu eine fachliche Stellungnahme

abzugeben. Der Finanzausschuss wird auf dieser Grundlage die Beratung im 2. Halbjahr 2010 fortsetzen.“

MDgt Dr. Eggeling führt in die Thematik ein, zeigt verschiedene „Stellschrauben“ auf und unterbreitet dem Bildungsausschuss folgenden Beschlussvorschlag (Umdruck 17/1028):

„Der Bildungsausschuss stimmt den Feststellungen des Landesrechnungshofs zu den Medizinstudienplätzen zu. Er teilt die Auffassung, dass in Kiel und Lübeck die klinische an die vorklinische Aufnahmekapazität angepasst werden muss. Die Zuschüsse des Landes für Forschung und Lehre in der Hochschulmedizin sind entsprechend zu kürzen. Er erwartet, dass das Wissenschaftsministerium bis Ende September 2010 ein entsprechendes Gesamtkonzept vorlegt.“

Abg. Spoorendonk zeigt sich irritiert, dass sich der Landesrechnungshof inhaltlich mit Forschung und Lehre beschäftige und so weitgehende Vorschläge unterbreite. Ansprechpartner für den Ausschuss sei in erster Linie die Landesregierung.

Abg. Dr. Dolgner sieht Möglichkeiten, dass das Land durch eine Anpassung der Lehrverpflichtungsverordnung und der Kapazitätsverordnung die Zahl der Medizinstudienplätze reduziere, ohne den Weg über die KMK gehen zu müssen.

Abg. Andresen macht darauf aufmerksam, dass sich seit der Empfehlung der Erichsen-Kommission im Jahr 2003 die Situation weiterentwickelt habe und der Ärztebedarf steige. Für eine fundierte Entscheidung brauche man aktuelle Daten.

Abg. Habersaat sieht durch die Ausführungen des Rechnungshofs die Haltung der SPD-Fraktion bestätigt, dass sich die Schließung der Medizinausbildung in Lübeck nicht rechne.

MDgt Dr. Eggeling verweist auf den ausführlichen Bemerkungsbeitrag aus dem Jahr 2009, der allen Abgeordneten zugegangen sei und der auch zur Kapazitätsverordnung und zur Lehrverpflichtungsverordnung Stellung nehme. Zu dem von der Haushaltsstrukturkommission vorgeschlagenen Auslaufen der Medizinausbildung in Lübeck habe der Rechnungshof noch keine Wirtschaftlichkeitsberechnungen zur Kenntnis nehmen können.

Abg. Erdmann fragt die Landesregierung, ob es zum Thema Medizinstudienplätze aktuellere Zahlen als die der Erichsen-Kommission gebe (Stichwort „Ärztmangel“) und wie weit eine Reduzierung der Bettenzahl des Universitätsklinikums ökonomisch vertretbar wäre. Außer-

dem kritisiert sie, dass sich Herr Kohrt als Regierungsvertreter während der Ausschussberatungen mit der CDU-Fraktion abstimmt.

Auf Vorschlag der Vorsitzenden vertagt der Bildungsausschuss die Beratung, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, sich mit der Thematik näher auseinanderzusetzen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Die Vorsitzende teilt mit, dass sieben von neun staatlichen Hochschulen und die AKAD ihre Vertreter für das **Hochschulpolitische Dialogforum** benannt hätten und sie nach der Sommerpause im Benehmen mit den Fraktionen zu einer Sitzung einladen werde.

- b) Abg. Erdmann bittet das Bildungsministerium, in der nächsten Sitzung, am 2. September 2010, über den Stand der Verhandlungen zum **Gastschulabkommen mit Hamburg** zu berichten.

Die Vorsitzende, Abg. Herold, schließt die Sitzung um 15:15 Uhr.

gez. Susanne Herold

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer